

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Veranlagungsbefreiungen kosten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Gehaltsanzeigen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schüb; Druck: G. Jandtmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jänisch Bochum, Wiesenhauser Str. 38 — 42. Telefon-Nr. 89, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Mittelrand Bochum.

### Mut zur Wahrheit.

Jeder schaffende Mensch ist zugleich Erzeuger und Verbraucher. Der Verbrauch bedingt die Erzeugung und umgekehrt: die Erzeugung den Verbrauch. Erzeugung und Verbrauch müssen sich darum gleichlaufend regeln und entwickeln, wenn keine Störungen eintreten sollen. Dieser enge Zusammenhang erfordert genaueste Kenntnis der Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen der Wirtschaft. Wir müssen uns hineinbohren, hineinwachen. Die ungestörte Weiterentwicklung kann durch eine rein politische Umstellung nicht gewährleistet werden. Dazu ist notwendig eine wirtschaftliche Umstellung auf demokratischer Grundlage, aber nicht nur der Form, sondern dem Geiste nach: Eine Vergeistigung der Wirtschaftsdemokratie, die ihre Kraft in der Arbeit findet, sich darin fortentwickelt und erfüllt durch eine verstärkte Erzeugung, eine verbesserte Anwendung aller technischen und wissenschaftlichen Erzeugungsarten.

Wichtiger wie die Form der Erzeugung ist die Erzeugung selber. Die Vergeistigung der Wirtschaftsdemokratie vollzieht sich aber nicht von heute auf morgen. Wir müssen daher die Dinge zunächst nehmen, wie sie geworden sind. Dazu ist Mut zur Wahrheit notwendig. Diesen Mut zur Wahrheit bewies unser Verbandsvorstand, als er auf eine Entschärfung der Belegschaft von Grube Concordia bei Nachterstedt, welche fordert: „Auf eine Lohnserhöhung darf niemals eine Kohlenpreiserhöhung folgen“, antwortete:

„Wenn davon die Rede ist, daß Lohnforderungen nicht von den Kohlenpreisen abhängig gemacht werden dürfen, so hätte doch in Eurer Entschärfung gesagt werden müssen, woher denn die einzelnen Bergwerksverwaltungen das Geld nehmen sollen, um solche Lohnserhöhungen, wie sie durch die Vereinbarungen gewährt werden, zahlen zu können. Nach einer Berechnung, die der Steiger Werner vom Bund der technischen Angestellten und Beamten aufgestellt, machen die Lohnserhöhungen, die am 1. September und später mit den Unternehmern vereinbart worden sind, für den deutschen Bergbau 3 Milliarden Mark pro Jahr aus. Glauben denn die dortigen Kameraden, daß die Ueberschüsse der deutschen Bergwerksbesitzer 3 Milliarden Mark ausmachen, um derartige Lohnserhöhungen tragen zu können? ... Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, immer und immer wieder Lohnserhöhungen durchzuführen, ohne daß dann Kohlenpreiserhöhungen eintreten. Jedenfalls kann eine Gewerkschaftsleistung, die die wirtschaftlichen Verhältnisse lenkt, beratend nicht vertreten. Sobald es die Betriebe tragen können, wird es selbstverständlich durchgeführt und ist es auch gefordert, andererseits können wir uns aber auch nicht hinsetzen und die Laffachen ignorieren. G u s e m a n n.“

Die Forderung, daß auf eine Lohnserhöhung niemals eine Kohlenpreiserhöhung folgen darf, setzt voraus, daß die Werke unerschöpfliche Goldquellen sind. Das sind sie aber nicht. Es kann vielmehr nicht mehr herausgeschöpft werden, wie hineinfließt. Mit ihrer Forderung beweist die Belegschaft von Concordia bei Nachterstedt also nur ihre Unwissenheit in wirtschaftlichen Dingen. Der „Kommunistische Gewerkschafter“ (Nr. 40) nennt diese Forderung aber „eine selbstverständliche Forderung“ und die Antwort unseres Verbandsvorstandes „hochweisse Belehrungen“. Das ist ärgerlich. Die Kommunisten wollen nach eigener Angabe ja nicht aufbauen, sondern erst zerstören und dann aufbauen. Darum loben sie, was der Zerstörung dient, und tadeln, was ihr entgegensteht.

Das ergibt sich auch aus der Art, wie der „Kommunistische Gewerkschafter“ die „hochweisen Belehrungen“ unseres Verbandsvorstandes zu entkräften sucht. Er teilt mit, daß die deutsche Steinkohlenförderung 1920 131,3 Millionen Tonnen betrug und rechnet dann weiter:

„Die Preiserhöhung seit 1. September macht 21 M. pro Tonne aus. Das sind im Jahre 131,3 Millionen mal 21 gleich 2 Milliarden 767,3 Millionen. Die Kohlen- und Umsatzsteuern werden bei Erhebung noch besonders auf den Preis geschlagen. (Den Arbeitern werden 10 Prozent sofort von der Zulage abgezogen.) Nehmen wir hierzu die unbetriebl. gestiegenen Preise für Nebenprodukte (Leer, Mineralöl, Ammoniak usw.), so kommen allein aus der Preiserhöhung der Steinkohlen seit September diese 3 Milliarden (die übrigens die Lohnserhöhung nach unserer Berechnung nicht ausmachen) schon heraus. Die Lohnserhöhung ist aber über alle Bergarbeiter, auch die der Braunkohle, berechnet. Nehmen wir hier die Förderung von 1920 von 111,8 Millionen Tonnen und bedenken wir, daß die Preise für Braunkohle prozentual stärker gestiegen sind als für Steinkohle, so können wir nur zu folgendem Schluss kommen: Entweder die Leute vom Schläge der Zufemann können nicht rechnen, dann gehören sie nicht an den Posten, an dem sie stehen, oder aber sie sind über die Ergebnisse ihrer wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaftspolitik derart erfreut, daß sie sich aller Mittel, selbst der der wissenschaftlichen Täuschung ihrer Mitglieder, bedienen, um diese Politik zu rechtfertigen — das wäre ein politisches Verbrechen.“

### Lohnverhandlungen im Bergbau.

Infolge der Preissteigerungen auf allen Gebieten hatten die vier Bergarbeiterverbände sich an den Reichsverband der Deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, gewandt, und um Lohnverhandlungen für den gesamten Bergbau nachgesucht. In dem Schreiben war darauf hingewiesen, daß eine nennenswerte Lohnzulage erforderlich sei. Am Freitag, den 4. November, fand nun eine Aussprache zwischen den Unternehmervertretern und den Vertretern der Arbeitnehmerverbände, die im Bergbau in Frage kommen, über die Lohnfrage statt. Das Ergebnis der Aussprache war, daß für die einzelnen Bergbauarten Verhandlungen auf Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. November, angelegt wurden. Die Verhandlungen sollen auf Wunsch beider Parteien wiederum unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers und unter Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums stattfinden.

Diese Berechnung ist falsch, weil nicht die Absatzziffer, sondern die Förderziffer eingeleitet ist. Auch haben nicht alle Werke Nebenproduktion. Falsch ist auch, daß den Arbeitern 10 Prozent sofort von der Zulage abgezogen wurden. Sollte das alles der „Kommunistische Gewerkschafter“ nicht wissen? Und sollte er nicht wissen, daß mit falschen Berechnungen und Behauptungen weder der Aufklärung noch der Sache gedient werden kann, sondern nur der Zerstörung? O ja, das weiß er, aber es fehlt ihm der Mut, es einzugestehen.

Daß Werksbesitzer auf ihren Vorteil bedacht sind, liegt schon im Wesen unserer heutigen Wirtschaft begründet, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Aber mit derartigen ebenso haltlos wie geistlosen Rationierungen ist ihnen nicht beizufommen. Auch nicht mit Betrachtungen wie den folgenden, die wir der Nr. 18 der „Kohlenwacht“ entnehmen:

„Den Arbeitern und Technikern möge man durch leeres Stroh beschwende Redensarten weiszumachen versuchen, daß der Kohlenbergbau nicht mehr tragfähig wäre, diese neuen großen Belastungen auszuheben. Auch diese Wassen, meine lieben Herren Arbeitgeber, sind im Laufe der Zeit zu scharf geworden, als daß damit auch die kaufmännischen Beamten getroffen werden könnten. Es wirkt geradezu lächerlich, wenn man diesen das Märchen von der Unmöglichkeit der Leistungsfähigkeit der Zechen aufstücken will. Man scheint ganz zu vergessen, daß die kaufmännischen Angestellten es sind, die infolge ihrer Tätigkeit einen tieferen Einfluß in die Dinge gewonnen haben, als es den Zechenherren lieb sein dürfte. Wir möchten den Herren in ihrem ureigensten Interesse raten, mehr Verständnis für die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten aufzubringen, sonst könnte es so weit kommen, daß die kaufmännischen Angestellten ihre Aktenmappen öffnen und „Entschuldigungen“ bringen, die besser den erbarmenden Mantel der Verschwiegenheit vertragen könnten.“

Die „Kohlenwacht“ wird herausgegeben vom Verband kaufmännischer Grubenbeamten e. V. Eilen, dessen erster Vorsitzender H. Wellentin Mitglied des Reichskohlenrats ist. Ost und eingehend hat sich der Reichskohlenrat mit Preisfragen beschäftigt, aber noch nie hat Herr Wellentin etwas über die erwähnte Wissenschaft verlauten lassen, die enthüllt werden soll, wenn den Forderungen der kaufmännischen Angestellten nicht entsprochen wird. Warum hat Herr Wellentin geschwiegen, wo es seine Pflicht war, zu reden? Würde er nichts? Oder fehlte ihm der Mut zur Wahrheit?

Die „Kohlenwacht“ dreht mit „Entschuldigungen“, falls den Forderungen der kaufmännischen Grubenbeamten nicht entsprochen wird. Sonst sollen die Aktenmappen geschlossen und der erbarmende Mantel der Verschwiegenheit umgehängt bleiben. Echi kapitalistisch gedacht! Daß es sich hier um eine ganz gewöhnliche Exprejertaktik handelt, kommt der „Kohlenwacht“ offenbar gar nicht zum Bewußtsein. Das mag man beklagen. Aber an der Tatsache wird dadurch nichts geändert. Die kapitalistische Denkweise beherrscht die Menschen so sehr, daß es ihnen gar nicht zum Bewußtsein kommt. Bis zur Vergeistigung der Wirtschaftsdemokratie ist da noch ein weiter Weg.

Selbstverständlich können wir uns mit den drohenden Andeutungen der „Kohlenwacht“ nicht befassen. Wir fordern vielmehr, daß die in Aussicht gestellten Entschuldigungen nur auch wirklich enthüllt werden. Entweder oder. Wir wollen Klarheit haben. Als Grundlage für die Preisbemessung müssen die Selbstkosten dienen. Um die Selbstkosten zu ermitteln, führt der Reichskohlenverband eine besondere Statistik. Wiederholt sind die Selbstkosten auch durch das Reichswirtschaftsministerium auf einzelnen Werken nachgeprüft worden. Das Ergebnis dieser Nachprüfungen stimmte im wesentlichen überein mit der Selbstkostenstatistik des Reichskohlenverbandes. Wenn das alles nicht stimmt, dann muß es offen ausgesprochen werden. Hier hilft kein Mundstücken, es muß auch geschrieben werden. Also „Kohlenwacht“: Heraus mit der Sprache!

Wir haben schon oft dargelegt, daß die Reichskohlenwirtschaft eigentlich nur eine Spitze ist, ohne Unterbau. Den Unterbau müssen einmal die Betriebsräte bilden, wenn sie so weit herangekommen sind. Die Jahresabstufnisse der Werke sind nur richtig zu beurteilen im Zusammenhang mit dem Betriebe und den Betriebsvorgängen. In diesen Zusammenhang müssen sich die Betriebsräte hineinbohren, hineinmachen. Bis dahin ist es schwer, die Selbstkosten so einwandfrei zu ermitteln, wie es zur Preisbemessung wünschenswert ist. Mit Gefühlswallungen und Sungenkraft läßt sich an dieser Tatsache nichts ändern. Wer nicht mit rechnungsmäßigen Unterlagen dienen kann, die Hand und Fuß haben und hieb- und stichfest sind, sollte das auch eingestehen und nicht nutzlos reden. Erkennen was ist! Wir dienen uns selbst am besten, wenn wir den Mut zur Wahrheit haben. r. r.

### Stinneszechen-Prozess. Auf ein fallches Gleis geschoben.

Die Urteilsbegründung, sowie die wahrheitswidrige Schreibweise der Kapitalistenpresse veranlassen uns nochmals zur Stellungnahme. Nach der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 31 soll durch den Prozess „ein- und aufre“ erwiesen sein, daß „die Stinneszechen bei der Bezugszahl von Gefangenenlöhnen ungefähr 1 Million Mark draufgelegt“ haben. Die „Kölnische Zeitung“ Nr. 713 schreibt: „Das Gesamtergebnis der Verhandlungen war, daß die Stinneszechen durch die Kriegsgefangenenwirtschaft nicht nur nicht Millionengewinne eingeheimt, sondern noch eine ungedeckte Einbuße von mindestens 900000 Mark erlitten hätten. Da die „Bergarbeiter-Zeitung“, die nebenbei über den Ausgang des Prozesses eine Freude an den Tag legt, die ein böses Gewissen macht, das Unternehmertum zum Angriff gegen die „Berleumder“ auffodert, so sind wir bereit, beiden vordringendst gütlichen Mäthern gleich Gelegenheit zu geben, mit allen Mitteln gegen uns vorzugehen. Ihre Behauptungen, daß der Prozess eine Substanz der Zechen erlösen hätte, ist nämlich ein plumper Schwitzwort. Damit ist dies bewiesen, etwa durch die Zahlen, welche der Rechnungsführer Dörschel vortrug, die er sich selbst gemacht hat und auf welche selbst das Gericht so wenig Wert legte, daß sie diesen

Wenn in dem Urteil gesagt wird, daß kein deutscher Bergmann, nicht die Geeserverwaltung, und auch nicht die Gefangenen geschädigt worden sind, so bemerken wir hierzu, daß das Urteil keiner Kritik standhält, weil es von falschen Voraussetzungen ausgeht. Die wir den Beweis dafür antreten, hermeifen wir darauf, daß aus dem Urteil die subjektive Auffassung der Richter zu stark hervorragt. Wie kommt man z. B. dazu, in dem Urteil zu erklären, daß sich die Zechenverwaltungen in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. Das ist doch eine rein subjektive Auffassung oder auch eine willkürliche Annahme der Richter.

Wir bewerten das Urteil so, daß uns ein Bestrafung oder ein Freispruch der drei Angeklagten ganz gleichgültig ist. Was wir darin suchen, ist die Klärung der Frage, ob die Geeserverwaltung den von den Kriegsgefangenen wirklich verdienten Lohn erhalten hat oder nicht. Trotz der formellen Behauptung im Urteil, daß niemand geschädigt sei, enthält gerade dieses Urteil den Beweis dafür, daß die Geeserverwaltung, und somit unser „Vaterland“ geschädigt worden ist. Für die Geeserverwaltung bezw. deren Beauftragte, welche mit den Zechen die Verträge über die Beschäftigung der Gefangenen abzuschließen hatten, galten die Grundzüge, Richtlinien und Erlasse des damaligen Reichsfinanzministers, des Handelsministers und des Kriegsministeriums. Darin wird gesagt, daß für die Arbeitsleistungen der Kriegsgefangenen „für den Kopf und Arbeitstag eine Vergütung an die Geeserverwaltung zu zahlen“ ist, „wie sie die Höhe des Tagesverdienstes eines freien Arbeiters im gleichen Betriebe und unter gleichen Verhältnissen entspricht“. Ueber die Entlohnung kriegsgefangener Gebirgsarbeiter wird folgendes in den Richtlinien gesagt: „auch die Stück- und Gebirgsgehälter für Kriegsgefangenenarbeit dürfen sich in keinem Fall unter den ortsüblichen, in der letzten Zeit nachweislich gezahlten bewegen.“ Die zivilischen Geeserverwaltung und den Zechen abgeschlossenen Verträge hielten sich auch im Rahmen dieser Richtlinien, und richtig heißt es im Urteil, daß die Verträge nicht mit den Gefangenen, sondern zwischen Zechen- und Geeserverwaltung abgeschlossen wurden. Ueber die Lohnfestsetzung wird im Urteil gesagt, daß man die Gefangenen mit einem entsprechenden Prozentsatz einsetzte, nach der mutmaßlichen Leistung. So wurden anfanglich die Gefangenen mit 40 bis 50 Prozent eingesetzt, was einen Tagesverdienst von 4,20 M. bis 4,80 M. ausmachte, und diese Beträge als Norm festgesetzt wurden. Dann heigt es aber weiter im Urteil: Mit der Preissteigerung allgemein stiegen die Löhne der freien Arbeiter. Die Gefangenen wurden davon nicht herührt! Mit anderen Worten heißt die Urteilsbegründung: die Gefangenenlöhne, die doch der Geeserverwaltung gehörten, ließen die Zechen nicht steigen, brachen also den Vertrag und schädigten die Geeserverwaltung. Damit beweist das Urteil, daß die Geeserverwaltung tatsächlich geschädigt worden ist. So haben sich die Zechenverwaltungen „in den Dienst des Vaterlandes“ gestellt.

Eigenklümic müdet es an, wenn im Urteil gesagt wird, daß die Steigerung der Gefangenenlöhne beschaffbar unterblieb, weil diese Naturalverpflegung erhielten. Es hat den Anschein, als hätten die Richter — obwohl der Prozess annähernd drei Wochen dauerte, immer noch nicht begriffen, warum es sich handelte; die Kosten für die Verpflegung wurden doch nicht von der Zechen noch etwa neben den Löhnen gezahlt. Diese wurden vielmehr von der Geeserverwaltung getragen, und die Zechen zogen diese Kosten (weil sie die Verpflegung der Gefangenen besorgten) von den der Geeserverwaltung gehörenden Gefangenenlöhnen in Höhe vereinbarter Züge ab.

Weil die Löhne der Gefangenen nicht stiegen, fiel logischerweise die prozentuale Bewertung ihrer Arbeitsleistung. Anfanglich wurden 40 bis 50 Prozent gezahlt, später, als sich die Gefangenen gut eingearbeitet hatten, und der Geeserverwaltung auch aus diesem Grunde höhere Löhne ausgedient werden mußten, ging die Einschätzung der Arbeitsleistung zurück bis auf 35 Prozent. Dieses ist auch in den Gerichtsverhandlungen festgestellt worden. Es wurde ferner festgestellt, daß zum Dürken der Gefangenenlöhne unbenutzte Sprengstoffe eingesetzt und Metergeld und Wagengebirge reduziert wurden. Durch dieses Wandern Betragen also die Zechenverwaltungen billige Kohlen geliefert, die Zechenbesitzer hatten dadurch materiellen Vorteil, ihre Zechenverwaltungen galten als tüchtige Leute, und die Geeserverwaltung wurde geschädigt. Das Reich muß jetzt auf den zivilrechtlichen Wegen die Summen einfordern.

Wenn nun die kapitalistischen Frekmameluden von „Berleumder“ schreiben und in den Prozess in das Gezeite umdrehen, so können wir ihnen nur sagen, daß dies ihr Geschäft ist, und ihre Ausarbeit nur der Erhaltung einer unrichtigen, morschen — der kapitalistischen — Wirtschaftsordnung dienen soll.

### Niederstelethe Bergmannswohnungen.

Eingebettet in eine Landschaft, die die vielfachen Reize deutscher Mittelgebirge aufweist, liegt das Kohlenrevier von Halberstadt, das Gebiet der niedersteletheen Steinkohle. Verschiedene Höhen und sonnen- grüne Täler wechseln mit einander ab; auch heilkräftige Quellen haben in unmittelbarer Nähe des durch die Kohलगewinnung zum Industrie- land gewordenen Teiles einen freundlichen Badeort, das bekannte Salzhausen, entstehen lassen. Dringt man in dem Gebiete, es hier mit einem von der Natur recht begünstigten Fleck Erde zu tun zu haben, näher in seine Lebensverhältnisse ein, gelangt es, die Häuser und Wohnungen der Menschen sich zu erschließen, so lernt man wieder einmal die Wahrheit des beschämenden Diktatorwortes verstehen:

Die Welt ist vollkommen überall.

Wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual.

Hat man schon im ganzen übrigen Deutschland in der Zeit des großen wirtschaftlichen Aufschwunges der Wohnungsfrage nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt, so wird doch die Vernachlässigung, die sie hier erfahren hat, ein trauriges Denkmahl menschlicher Irrtümer bleiben, solange noch eines der bislang dort üblichen Arbeiterwohn- häuser steht. Die Verhältnisse sind längst bekannt, und besonders eine Eingabe des Bergarbeiter-Verbandes an den Preußischen Eisenbahnminister vom Januar 1913, in der man um Tarifermäßigung für die Steinkohle bat, um die Löhne der Bergarbeiter entsprechend steigen zu können, hat sie ausführlich geschildert. Doch ist es, wenn man sich mit den neuen Bergmannswohnungen beschäftigen will, wohl in der Ordnung, zunächst auch ihre alten zu betrachten. Das Kohlenrevier trägt nur zu einem Teil städtischen Charakter. Wo dieser herrscht, fallen die hier- und hinfingewohnten großen einstöckigen Häuser nicht auf, obwohl der Beschäftigte Umfang der Städte Halberstadt und Gottesberg keinerlei Rechtfertigung für diese Stöckerbauweise bietet. Aber die gleichen großen häßlichen Häfen mit dem sich ewig wiederholenden flachen Dach stehen auch in den Gebirgstälern der Umgegend, wo sonst nur einzelne kleine Hütten, der Gegend viel besser angepaßt, sich finden. Und hier sind sie geradezu geeignet, den Eindruck einer großen Disharmonie, eines traurigen Widerpruchs zwischen ihrem städtischen Charakter und der ländlichen Umgebung hervorzuheben. Aus über ihre Einrichtung. Um einen großen Flur in jedem Gehöft, der sein Licht nur vom Treppenhause her bekommt, sind lauter einzelne Stuben angeordnet, die alle ihren Zugang von diesem Flur aus haben. Fast jede dieser 18 bis 25 Quadratmeter großen Stuben hat besondere Heizung vor; nur in einigen Fällen sind zwei Stuben einer Wohnung vorkommt. Das Geraden der Stuben



Wohlstand aus der Zeit vor dem Kriege waren von 4700 Wohnungen...

In diesem auf diese Verhältnisse noch die Lasten eingewirkt...

So sah es also im Waldenburger Gebiet aus, als die Treuhand...

Es sind weit über 1000 Wohnungen teils fertig, teils im Bau...

Die Arbeiter in diesem Jahre nur noch Baubereine in der Form der...

Die Arbeiter in diesem Jahre nur noch Baubereine in der Form der...

Wird das Vierfamilienhaus ein wenig abgeändert, nämlich durch...

Häuser sind sehr selten; in der erwähnten Kolonie Sandberg, in der...

Die Raumbereitstellung und Grundrissanordnung geht von der...

Werdräume Wohnungen finden sich fast nur im Einfamilienhaus...

Sehr häufig ist mit Rücksicht auf die Kostensparnis der Stall...

Das Baumaterial ist durchweg der Baustein; in einem Falle...

Baubereine in diesem Jahre nur noch Baubereine in der Form der...

Die Arbeiter in diesem Jahre nur noch Baubereine in der Form der...

Erinnern wir uns des Zweckes der ganzen Aktion für die...

und damit einen gewichtigen Antrieb zur Hebung der gesamten Kultur...

In den Klauen der Wucherer.

Die Habgucht hat alle sittlichen Schranken durchbrochen. Alles sucht...

Früher nannte man sie Bauer oder Landwirt, heute ist wohl...

Früher war es einmal anders. Auf dem Konzil zu Bienne im...

Die Kirchenscheue freilich! Pastor Robus hierseits wollte...

Es kommt einer Verleumdung des Wuchers gleich, wenn der...

Einem Fall äußerster Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Elend...

Erkenne dich selbst!

In „Vorwärts“ vom 19. Oktober 1921 veröffentlicht Michael Tharoi...

sprach; der Völkerverbund und der pazifistische Kongress würden...

Der Redner.

Er schritt die Straße entlang. Weit fiel ein Lichtschein über das...

hoch. „Wozu?“ dachte er. Wozu sich der Bestie immer wieder...

Die Augen blendeten um die Erde. Er suchte die Scheiden, die wie...

An einem Stisch fand er die beiden: seinen Freund und die Kleine...

Der Freund las in seinen Mienen. „Was's Narrisch? Wie? Robau?...

Der Redner legte einen langen Witz schliefen sich und sie. Als...

„Warum pfeiffst du ihm so grüßlich auf?“ fragte der Freund traurig...

In einsamer Gasse schritt der Redner und hörte den Schall seiner...

Drei Tage später fand er wieder auf der Straße und sprach und...



die kapitalistischen Interessen. Die Reichswehr und zum großen Teil die Polizei sind vorwiegend aus Bauernzusammenschlüssen...

Es gibt nur ein Mittel, dem Uebel, d. h. dem Wucher, zu Leibe zu gehen. Enttarnung des Grund und Bodens, der zu wucherischer Spekulation ausgenutzt wird...

Rein Gold und Geld sich nicht an, Du Wucherer und gottlos Mann, Christus hat dich das nicht gelehrt, Ein schwarzer Tod ist dein Geheert.

Basler Totentanz 1916.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung. Für Erhöhung der Renten.

Die Arbeitervertreter bei der Arbeitskammer haben folgende Entschlüsse angenommen: Die Gruppe der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer für den Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets hat sich in ihrer letzten gemeinsamen Sitzung mit der Frage der Erhöhung der Renten für Invaliden, Witwen, Waisen, ferner der Erhöhung des Grundlohnes für den Krankengeldbeitrag befaßt...

Weltwirtschaftliche Rundschau.

Folgen der Gewaltpolitik.

Die Gewaltpolitik der Entente hat die natürlichen Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen des Wirtschaftslebens unterbunden und eine Weltkrise verursacht, unter der alle Völker leiden. Die Arbeitslosigkeit hat in den Ländern der Entente einen nie dagewesenen Umfang angenommen...

Frankreich wird besonders stark von seiner finanziellen Not erschüttert. Die Steuerhöhen der reaktionären Mehrheit im französischen Parlament verhindern bislang jede großzügige Finanzreform. Ihre einzige Fertigkeit sah sie im Sparen...

Der neue Staat Polen steht wohl am tiefsten im Finanzelend. Der Finanzminister Michalski hat im polnischen Landtag gesprochen wie ein Konkursverwalter. Das Dach über dem Haupte des Reiches steht in Flammen, die Katastrophe ist tief näher, als man glauben möchte...

So wird man auch in den anderen „Siegerstaaten“ auf die Besteuerung der Sachwerte zurückgreifen müssen. Dabei steht die Regelung der interalliierten Kriegsschulden noch aus. Man hat die Regelung dieser Kriegsschulden hinausgeschoben, bis die deutschen Reparationen festgelegt waren...

Amerika, das den Ausschub gewährte, ist der Generalgläubiger schlechthin und jenseits des Kanals. Die europäischen Ententemächte scheiden den vorliegenden Staaten rund 10 Milliarden Dollars. Unter den Schuldnern steht an erster Stelle England mit 4,16 Milliarden...

Frankreich, das als „Siegerstaat“ die schwerste Schuldenlast trägt, hat an der baldigen Lösung des interalliierten Schuldensproblems kein Interesse. Um so mehr ist England an einer möglichst raschen Regelung der interalliierten Schuldensinteressen interessiert. Denn es ist ein schlechter Witz, eine Menge unsicherer Ausgaben zu haben, wenn einem selbst der Wechsel präsentiert wird...

demokraten zu eigen, die während des Krieges immer rief: „Schließt Frieden und ein jeder komme für seine eigenen Schulden auf!“, sondern sie legten in Versailles Deutschland die Tribute auf, schufen getreu nach dem Muster unserer Alliierten rings um Deutschland Handelsstaaten, die nicht leben und nicht sterben können...

Die Entwicklungsgänge werden von der Not bestimmt. Alle Gewaltpolitik hat bisher die Völker noch tiefer ins Elend gerissen. Diese Lasten werden immer mehr auf den Rücken der Arbeiterklasse in den großen Kulturstaaten. Von der Arbeiterklasse aus können die europäischen wie die weltwirtschaftlichen Verhältnisse geändert und neue Weltkatastrophen verhindert werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rasche Wiederherstellung der nordfranzösischen Kohlengruben.

Nach den Mitteilungen, die Ende 1918 aus Frankreich über den Grad der Beförderung der nördlichen Kohlengruben zu uns gelangten, mußte man annehmen, daß dort die Friedensförderung nicht vor Ablauf eines Jahrzehnts wieder erreicht werden würde. Das war auch auf die Formulierung der Versailler Bedingungen von starkem Einfluß. Jetzt stellt sich erfreulicherweise heraus, daß die Wiederherstellungsfrist viel kürzer sein wird...

Weitere Ermäßigung der Saarkohlenpreise.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. November berichtet wird, sind von der Saarkohlenverteilungsstelle in Mannheim die Verkaufspreise ab 1. November weiter ermäßigt worden, nachdem bereits im Oktober eine Senkung um etwa 7 bis 10 Fr. pro Tonne erfolgt war. Auch diesmal bewegt sich die Verbilligung ungefähr in gleicher Höhe...

Table with 4 columns: Kohlenart (Würfel, Stüde, Ruß I, Ruß II, Ruß III, Feinkohlen, abgef. Hörderkohlen, Grieskohlen), Saarkohlen, and Flammkohlen (A, B).

In diesen Preisen sind 10 Prozent Kohlensteuer des Saargebietes eingerechnet. Erhöhernd beim Saarkohlenbezug wirkt natürlich nach wie vor der ungünstige Markkurs. Der Frank kostet jetzt etwa 18 M. Gegen September sind die Saarkohlenpreise bis zu 15 Frank je Tonne verbilligt...

Vom Roßmarkt der Ukraine.

Ueber die trostlose Lage auf dem tschechoslowakischen Roßmarkt berichtet der „Bergmann“, das Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschlands, vom 30. Oktober: „Roß hat in den letzten Wochen vorgekommen Betriebsreduktionen in den Roßanstalten...

Ueber die trostlose Lage auf dem tschechoslowakischen Roßmarkt berichtet der „Bergmann“, das Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschlands, vom 30. Oktober: „Roß hat in den letzten Wochen vorgekommen Betriebsreduktionen in den Roßanstalten, was den Rohstoffmangel mangelnd jeglichen Absatzes immer mehr an. Die Lager allein an Roß repräsentieren mit 1,4 Millionen Meßergern bereits einen Wert von über 100 Millionen Kronen. (tschechoslowakische). Nun hat sich neuerdings eine Deputation der Bergwerksbesitzer und der Arbeiter des Ostau-Roßwärders Komitees zum Minister für öffentliche Arbeiten nach Prag begeben, um der Regierung die trostlose Lage vor Augen zu stellen...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Oberschlesien.

Kollegen und Volksgenossen! Die Würfel über das Schicksal Oberschlesiens und damit über euer eigenes Schicksal sind gefallen! Trotz deutscher Mehrheit bei der Abstimmung, im Widerspruch mit allen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit, hat der Völkerverbund entschieden, daß diese Zehntausende von euch nach Polen einverleibt werden, obwohl ihr euren Willen, bei Deutschland verbleiben zu wollen, in unzweideutiger Weise ausgedrückt habt...

Der Widerwille und die Empörung über ein so schweres Unrecht, die sich bei euch darüber geltend machen, sind verständlich. Und es gibt auch keine Rechtfertigung für ein derartiges, allen bisherigen Anschauungen von Unparteilichkeit und Demokratie widersprechendes Vergehen. Ihr erinnert euch dabei der Drohungen, die ihr bei eurer Abstimmung erdulden müßtet; in frischer Erinnerung sind auch die schweren Leiden nach der Abstimmung, die schweren Bedrohungen und Gefahren, denen diejenigen ausgesetzt waren, deren deutsche Gesinnung dem Gegner bekannt geworden ist. Diese von euch besprochen, daß sich diese Dinge jetzt, nachdem ein Teil von Oberschlesien polnisch werden soll, wiederholen könnten, und rufen deshalb, die Scholle zu verlassen, die ihnen bisher Wohnung und Heimat gewesen ist.

Arbeiter, Volksgenossen! So sehr wir eure Gefühle verstehen, so sehr müssen wir euch abraten, diesen Gefühlsausbrüchen zu folgen. Nur wo der Druck tatsächlich von neuem unerträglich wird, sollte ihr ihm nachgeben. Sonst, wo man euch nicht unerbittlich zum Fortgehen zwingt, solltet ihr unbedingt an der bisherigen Stelle verbleiben. Zunächst besteht bei der herrschenden Verunsicherung und der noch immer großen Arbeitslosigkeit im übrigen Deutschland keine Möglichkeit, Tausende und Zehntausende unterzubringen zu können. Wer rückt, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, monatelang, vielleicht ein Jahr und noch länger in Flüchtlingslagern mehr schlecht als recht untergebracht zu werden.

Vor allem aber glauben wir, annehmen zu dürfen, daß die Entente, nachdem einmal ihr Spruch gefallen ist, sich auch verpflichtet fühlen wird, auch vor dem Schicksal zu schützen. Die Entscheidung des Völkerverbundes läßt deutlich erkennen, daß auch er davon überzeugt ist, daß die an Polen abgetretenen Gebiete ohne deutsche Arbeit und Wirtschaft nicht weiter bestehen können. Die zur Verwirklichung dieser Absicht notwendigen Maßnahmen werden von der Entente durchgeführt werden.

zur Hälfte aus Deutschen besteht, hat ein Interesse daran, euch zu schützen.

Ihr könnt auch die ganz bestimmte Zusage geben, daß bei den Beratungen über das Wirtschaftsabkommen die deutschen Gewerkschaften, darauf behacht sein werden, eure Interessen und Rechte energisch zu schützen und zu sichern. Deshalb forderst wir euch nochmals auf, wenn man euch nicht geradezu gewaltsam vertreibt, dann bleibt auf eurem bisherigen Wohn- und Arbeitsort.

Mit werden die Entwicklung der Dinge streng im Auge behalten und gegebenenfalls weitere Richtlinien veröffentlichten.

Zentralkommission der freien Gewerkschaften Schlesiens.

J. A. K. K. K.

Bezirksrat des ADGB für Oberschlesien.

J. A. Fr. K. K. K.

Erwerbslosigkeit und Arbeitsmarkt.

Der durch den Valutasturz forcierte Abfluß deutscher Industrie-Produkte in das Ausland hat in der deutschen Industrie eine Hochkonjunktur erzeugt. Die Erwerbslosigkeit sinkt und nähert sich dem geringsten Stande der Nachkriegszeit. Vergleichsmäßigkeiten bieten die monatlichen Arbeitslosenzahlen der deutschen Gewerkschaften. Auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder wurden für August d. J. 2,2 Arbeitslose gemeldet. Die Augustzahlen der Vorjahre zeigen demgegenüber folgendes Bild: 1908: 2,8 v. H., 1909: 2,8 v. H., 1910: 2,8 v. H., 1911: 2,8 v. H., 1912: 3,2 v. H., 1913: 1,8 v. H., 1914: 1,9 v. H., 1915: 1,7 v. H. Günstiger waren also nur die Augustzahlen 1910 bis 1912. Die Kriegsjahre 1914 bis 1918 scheiden als anomal aus. Neuere Gesamtzahlen stehen im Augenblick nicht zur Verfügung, jedoch zeigen neuere Veröffentlichungen einzelner Verbände, namentlich größerer mit gut ausgebauter Statistik eine weiter fortschreitende Besserung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosigkeit nimmt gleichfalls stark ab, teils wird sogar schon mehrfache Ueberarbeit gemeldet. So betrug die Zahl der arbeitslosen Mitglieder bei folgenden Verbänden: Metallarbeiter 2,26 v. H. Ende August, 1,51 v. H. Ende September; Holzarbeiter 2,94 v. H., 1,87 v. H.; Bauarbeiter 2,24 v. H., 1,42 v. H.; Bekleidungsarbeiter 2,9 v. H., 2,4 v. H.

Trotz dieser günstigen Zahlen darf sich niemand verhehlen, daß hinter dieser guten Konjunktur drohend die neue Arbeitslosenwelle steht, denn nicht innere Gesundung der Weltwirtschaft ist die Grundlage der Aufwärtsbewegung. Der Weltmarkt steht nach wie vor unter einer fortwährenden Depression. Das valutarische Ausland ist von der ersten Arbeitslosigkeit gepackt. England geht mit fast zwei Millionen Erwerbsloser in einen bittersten Winter. In den Vereinigten Staaten schätzt man die Zahl der Erwerbslosen noch immer auf 5 bis 6 Millionen. Wohl melden einige Industrien eine leichte Besserung, aber in anderen greift man zu weiteren Entlassungen und Verhärter der Arbeit. Auch die nordischen Länder, Belgien, Italien usw. bieten ein ganz trübes Bild.

Wie sich angeht die allgemeine Lage für die nächste Zeit die Situation in Deutschland gestaltet wird, vermag zurzeit niemand zu sagen, aber die besessenen Instanzen dürfen sich nicht in Sicherheit wiegen. Sie haben auch in dieser Zeit alle Organisationen auszubauen, um die sicher neu hereinbrechende Zeit auszunutzen zu können.

Die ersten Aufmerksamkeiten verlangen aber auch nach anderer Richtung unsere Aufmerksamkeit. Immer dringender wird der Ruf nach „Hilfsarbeiten“. Nicht nur Bauarbeiter, auch andere Berufe sind nicht imstande, die angeforderten geringen Arbeitskräfte zu stellen. Der Arbeitsmarkt-Angebot melbet in keinem Maße den Mangel an Hilfsarbeitern in den verschiedensten Berufen. Daneben steht aber noch immer das enorm große Heer der Arbeitslosen. Am 18. Oktober betrug allein die Zahl der als erwerbslos unterzählten in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern 147 508. Immer deutlicher zeigt sich die ungeheure Schwere der Lage, einen großen Teil dieser Erwerbslosen in die Betriebe zu überführen. Ueberfluß an ungelerten, Mangel an gelerten Arbeitern ist die Signatur unserer Industrie.

Die Ursachen sind jedem bekannt. Es rückt sich der Ausfall an gewerblichem Nachwuchs, veranlaßt durch die Kriegszeit. Die Lehrlingsausbildung war schon vor dem Krieg, abgesehen von wenigen Ausnahmen, im höchsten Grade vernachlässigt worden, nicht die Löhnerzahl nach, aber in ihren Erlösen. Der Krieg riß die Lernenden vollends aus der Lehre. In den Nachkriegsjahren wurde das Manua nicht ausgeglichen, weil sich verpörrter Innungsgeist und die Indolenz der Großindustrie entgegen dem Drängen der Gewerkschaften nicht-erprobte Reformen verheeren konnten. Die deutsche Wirtschaft muß, um ihrer Zukunft willen einen Ausweg finden, wie sie auch Wege finden muß, um den Arbeitslosen, die infolge ihrer Abseignung von der Industrie nicht aufgenommen werden können, diese Eignung beizubringen. Umschulung und Anlernen müssen mehr als ein schönes Schlagwort sein. Es gibt Mittel und Wege, wenn die Industrie will. Die Gewerkschaften bringen dieser Notwendigkeit volles Verständnis entgegen, wenn auch hier und dort eine Arbeitergruppe aus Verweigerungsgleichheit, sich fräuben zu sollen.

Internationale Rundschau.

Vorbereitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 22. und 23. Oktober trat in Genf der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Außer den Bureaumitgliedern: J. S. Thomas (England), L. Foubay (Frankreich), E. Mertens (Belgien) und den beiden Sekretären E. Gimmen und J. Oubege nahmen an der Sitzung teil: Peter Sedebol (Dänemark), Th. Deppart (Deutschland), J. R. Williams (England), G. Tamowlin (Frankreich), A. d'Aragnone (Italien), Fr. Caballero (Spanien), R. Laperle (Tschechoslowakei), E. Johansen (Schweden), R. Dürr (Schweiz) und J. Crawford (Südafrika).

Der Vorstand gab in seiner Gesamtheit seine Zustimmung zu dem vom Bureau in der Angelegenheit der russischen Zustimmung getroffenen Maßnahmen. Zwischen einem der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem Vertreter des Allrussischen Polen Komitees kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gewähr bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfsleistungen ausschließlich und in vollem Umfang den kollektiven Rufstufen zugute kommen wird. Es wurde beschlossen, in Russland selbst Kinderheime zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Internationale Gewerkschaftsbund in Petersburg ein spezielles Bureau errichten, von dem aus die ganze Disposition für Russland geleitet werden wird. Die Einrichtung des Bureaus sowie die Schaffung eines Heims für 1000 Kinder soll raschestens in Angriff genommen werden. Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes Quartum von Reduktanten im Werte von mehr als 60 000 holländischen Gulden des Internationalen Organisation des roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde beschlossen, einen neuerlichen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund unternommene russische Disposition energisch zu unterstützen.

In ausführlicher Weise wurde sodann die Situation der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern besprochen. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund den Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder gewährte Unterstützung fand gleichfalls die Zustimmung des Vorstandes. Auf Vorschlag des Bureaus wurde beschlossen, auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden lettischen Gewerkschaftsorganisationen materiell zu unterstützen.

In ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand auch mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation (American Federation of Labor), die sich bisher, abgesehen von seinerzeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnehmend, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Der Vorstand billigte die vom Bureau gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, er erklärte sich jedoch bereit, auch weiterhin zu versuchen, die in Amerika infolge der ungünstigen Konjunktur der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde schließlich beauftragt, sich nochmals an die American Federation of Labor zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit dem Gesamtvorstand der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Ansehens der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen. Mit Bezug auf das von der American Federation of Labor an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Beratungen darauf



Belegten offiziellen Regierungsvertretern und Arbeiterdelegierte delegierten werden, bezüglich der Vorstand und Vorstand des Bureau und der drei genannten Landeszentralen und in Übereinstimmung mit ihnen, dieser Einladung nicht Folge zu leisten.

Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zudem einstimmig der Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzuberufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Das Bureau berichtet sodann über seine Vorbereitungsarbeiten für die zum 15. November in Amsterdam einberufene Internationale Konferenz der Bureau der Gewerkschaftsorganisationen mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Metallarbeiter u. Vergleiche zwecks gemeinsamer Beratung der Arbeitsfrage.

Die vom Bureau getroffenen Maßnahmen fanden einstimmige Billigung. Auf dem nächstfolgenden Internationalen Gewerkschaftskongress werden bestimmte Beschlüsse gefaßt werden.

Der Kongress wird laut Beschluß der Vorstandssitzung am 20. April 1922 und folgenden Tagen in Rom stattfinden. Diesen Beratungen wird sich ein besonderer Internationaler Kongress von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden Internationalen Berufssekretariate anschließen.

Weiter entspann sich noch eine ausführliche Diskussion über die zunehmende Reaktion und die hiermit zusammenhängende Verfolgung der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt.

Aus Anlaß der Beurteilung der Arbeiter Sacco und Vanzetti in Nordamerika wurde an die American Federation of Labor ein Telegramm geschickt, in dem diese ersucht wird, alles in Bewegung zu setzen, um das Leben der beiden Arbeiter zu retten.

Zum Schluß setzte der Vorstand nach vorangegangener Diskussion die Richtlinien für die Arbeiterdelegationen der verschiedenen Länder fest, die an der am 25. Oktober in Genf stattgefundenen Dritten Internationalen Arbeitskonferenz teilnehmen.

**Ein interessanter Versuch der französischen Bergarbeiter.**

Unter Leitung des französischen Bergarbeiterverbandes ist in Frankreich eine kleine Aktiengesellschaft gegründet worden für die Ausbeutung eines Schieferbruchs. Die Unternehmung soll lediglich dem Zweck dienen, daß die Bergarbeiter Erfahrungen über die Betriebsleitung, die Produktionskosten usw. gewinnen, um diese für die allgemeine Bewegung zu verwerten. Sie wollen auf diese Weise erfahren, was die Produktion den Unternehmern tatsächlich kostet und was sie von diesen bei den Verhandlungen verlangen können. Die beschäftigten Arbeiter sind nicht Aktionäre, auch handelt es sich hier nicht um eine Genossenschaft.

**„Ein halbes Jahrhundert Sozialpolitik in Gefahr!“**

So ruft die englische Zeitschrift „The Nation“ aus angelegentlich der Bestrebungen des englischen Kapitalismus, die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten fünfzig Jahre rückgängig zu machen. Dies alles geschieht unter dem Schlagwort des „Sozialismus“. Bewährte Einrichtungen, wie Arbeitslosenversicherung, Schlichtungsausschüsse für Streitfälle müssen verschwinden, hunderttausend Arbeitslose wurden bereits gesperrt. Der Bau von Arbeiterwohnungen ist eingestellt worden, ebenso die Errichtung neuer Volkshäuser, obwohl sie durch Gesetz vorgesehen war. Die Gehälter der Krankenschwestern sind in einer Weise herabgesetzt worden, daß die ärztliche Versorgung der verarmten Klassen in Gefahr ist. „The Nation“ fragt: Warum trifft dies nur die Verze für die Armen? Jetzt richtet sich der Angriff auch gegen die Einrichtung der Gewerkschaften, eine der besten Errungenschaften der englischen Fabrikgeschichte. Die durch das „große Geschäft“ (big business) unterhaltene Presse unterstützt natürlich diese reaktionären Bestrebungen.

**Aus dem Kreise der Kameraden.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund. Das Gesetz der Vernunft.**

Die bei unserm Verbandsvorstand eingelieferte Entschädigung einer Zahlstellenverammlung, läßt sich, daß ein Gesetz geschaffen wird, wonach sämtliche Bergarbeiter organisiert sein müssen, damit wir dem Kapital mit einer vollen Macht entgegenzutreten können.

In unserer Verbandsversammlung gibt es unter einem Kollegium normaler Menschen auch ein verkanntes Genie. Sein Spleen bedeckt keinesfalls seine Leinwand mit expressionistischen Farbenharmonien, noch ist er sehr in ihrischen Gedichten bodenständig. Die Symbolik ist außer sich, wie bei einem Mann. Mit schwingender politischer Phantasie, die vom Klang zur Utopie aufsteigen wird, blickt unser Freund Staatsökonomie, Wirtschaftsordnungen, Kartellverteilungsmethoden und so weiter.

Wenn minderbegabte Europäer unseres Hauses die wenigen freien Stunden mit der Lektüre eines Buches fruchtbar machen, dann brüht unser Genie Gesetze. Drei Kostgängerlisten sind schon gewahrt voll, alle bisherigen Nachkriegsministerien müßten sich bekümmern über die Schöpferfertigkeit zurückziehen. Dennoch findet man unser geniales Bauwerk in dieser Zeit parlamentarischer Krisen nicht, und es ist kein Wunder, so weit, daß auch bei der jetzigen Notlage mit dem Preußenstaat kein Mensch sich in die Winkel unseres Hauses verirrt, um den staatsmännischen Stern herauszuholen und ihn über dem Reich der Vorurteil leuchten zu lassen. Betrüblich, ja?

Als wir vor wenigen Wochen die oben vorausgesetzte Entschädigung erhielten, flohen unsere juchenden Gebarden fast von selber zu unserm produktiven Gesetzeskammer. Im Einklang zu ihm! Was aber geschah, als er den Schrieb gelesen? Nicht, daß er anfangs, seiner Verleumdung gegenüber Fallentwurf zu verhalten, den Augen schöpferisches Blitzen beizubringen... Nein, er lachte. Lachte hell auf und ganz natürlich wie eine gewöhnliche Menschenmittelmaßigkeit. Wir waren außer sich erkannt. Das überflieg unsere gespanntem Erwartungen. Doch da brach unser Winkelpaatsmann los: „Ja, das Kardinalproblem bei dieser Angelegenheit hängt mit der Vernunft zusammen. Es wird nur gelöst durch die Sozialisierung der Vernunft. Wer zuziel von ihr hat, kriegt den Schirmkasten angelehrt und muß sie in eine Rechtssozialisierungslinie lassen, von der aus die angelegentlichste Vernunft mündigste Köpfe eingeschleust wird. Wenn wir so der Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Verdienste ein Ende machen, wenn jeder Mensch eine gleiche Portion Vernunft besitzt - dann wäre auch der Stellenantrag erledigt.“ Unser Freund schloß im Nachhinein, wir rissen Maul und Ohren auf. Kam? Was wird jetzt für eine Denterblüte aus seinem Munde ragen?

„Aber“, fuhr er fort, „Professoren können wohl Vernunft verhängen und aus allen Großbüchern hochintelligente Prognosen hervorzaubern, doch die Sozialisierung der Vernunft scheitert an dem Mangel entsprechender chirurgischer Vorarbeiten. Die Sozialisierungszeit ist noch nicht gegeben, der Nürnberger Richter“, bezog die Referendarnamenliste „sind ebenfalls noch jenseits der Möglichkeiten.“

„Wie aber dem letzten Kumpel plausibel machen, daß er sich organisieren soll, um seinen kämpfenden Kameraden nicht den Dolchstoß in den Rücken zu geben? Uns scheint, du überstehst das Verlangen in der dir vorgelegten Zahlstellenverammlung. Ein Gesetz bez. Zwangsorganisation wird verlangt!“ war unsere Antwort.

„Doch ich nicht! Ich! Zwangsorganisation? Pah, ich ziehe Lüdenrecht; der Knüttel des alten Frähen laucht vor meinem geistigen Auge auf. Aee, nee! Zum Glücke zwingen kann man niemanden. Da müßt, wie ich vorhin entwickelte, erst eine Vergeßlichkeit der Vernunft erfolgen. Aber, es geht anders. Mit Hebelzugseifer, mit eindringlicher Agitation, mit babalogischer Geschicklichkeit - damit kommt ihr die Dunkel zerstreuen. Aus eigener Erkenntnis, aus eigenem Willen heraus gewordene Entschlüsse sind von Bestand. Kameraden, die man überzogen zum vernünftigen Handeln, werden die wichtigsten Mitarbeiter im Verband. Und daraus kommt es an. Geht mit dem Hals mit den Armeelords von Dumms, die durch ein Gesetz zu uns getrieben werden. Das ist freudenspendendes Zeit um Körper unserer Organisation. Das muß wir getrieben werden, weil in ihm keine Energie leht, die sich selbst im großen Körper ihre Tätigkeit aussucht und in ihm leht.“

„Ich will euch ein anderes Gesetz geben, mit dem ihr gelich Erfolge haben werdet“, sagte unser Verbandsgenie, und die Augen blühten ihm. Mit Saft nahm er ein Stück Papier zur Hand, schrieb einige Zeilen, brückte sie uns Dittstern in die Hand und schob uns zu seinem Zimmer hinaus.

- Rasch war das Papier entfaltet. Was stand darauf? Nun, folgendes:
1. Weiß du, Bergmann, ein Mensch bist, soßt du als Mensch zu leben und zu tragen.
  2. Ein Mensch zeichnet sich vor dem Tier dadurch aus, daß ihm die geistigen Kräfte verliehen sind, seiner Stellung in der Welt bewußt zu werden und sie durch von Willen getriebenes Bewußtsein zu heben.
  3. Eine Hebung der Stellung des Bergmannes in materieller und ideeller Hinsicht kann nur das Werk der ganzen Bergarbeiterschaft sein, weil wir im Zeitalter der großen Organisationen leben und die riesigen Wirtschaftsverbindungen der Unternehmung nur mit vereinter Kraft nach unserm Plan und zum Allgemeinwohl übernehmen und gestalten können.
  4. Die Schlussfolgerung wäre demnach: Du soßt als Mensch dich einordnen in den Kampfbereich der Bergarbeiter, weil diese selbstverständliche Verpflichtung des Einzelnen an die Gesamtheit durch die Stufe unserer gesellschaftlichen Entwicklung bedingt ist, und weil ein Rekl von Ehre nicht faul und nichtstunend auf der Seite steht, so lange geschehen wird, um nachher beim Erfolg sich rasch als Teilhaber einzufinden.

**Wilde Konferenzen.**

In letzter Zeit werden die Bergarbeiter aufgefordert, an sogenannten wilden Betriebsrätekonferenzen teilzunehmen. Die Tagesordnung lautet in der Regel:

- Die wirtschaftliche Lage.
- Einberufen von den Organisationen:
- Deutscher Bergarbeiterverband, Gewerbeverein Christl. Bergarbeiter, Union der Hand- und Kopfarbeiter, Christl. Dunderthaler Gewerbeverein.
- Die Organisationsleistungen der unterzeichneten Verbände geben hiermit bekannt, daß sie der Einberufung solcher wilden Konferenzen fernstehen, und ersuchen ihre Mitglieder, diese Konferenzen nicht zu besuchen.
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerbeverein Christl. Bergarbeiter, Christl. Dunderthaler Gewerbeverein.

**Unionistische Moral.**

Nachdem wir in Nummer 40 unserer Zeitung vom 1. Oktober nochmals auf die Unberücksichtigung hinwiesen, welche die Geschäftsleitung der Gelsenkirchener Union mit den von den Mitgliedern sauer verdienten Groschen treibt, hat sich diese noch bedauerlicher Ueberlegung endlich zu einer Antwort aufgesetzt. Eine gemeinere Verdrehungskunst wie diese Antwort ist uns bisher noch nicht unter die Augen gekommen. Wir haben z. B. nachgewiesen, daß die Geschäftsleitung die Mitgliederbeiträge in sinnloser Weise verkleinert. Darauf teilte die Geschäftsleitung dreimal ihrer Mittelwelt mit, daß sie uns verläßt habe. Wir stellen nun fest, daß diese Anklage nur Bluff war und die Geschäftsleitung sich dadurch nur eine Gelgenfrist verschaffen wollte. Da wir nicht gewillt sind, uns von Leuten, die moralisch degeneriert sind, weiter mit Dred bemerken zu lassen, brüchten wir uns dementsprechend in der „Bergarbeiter-Zeitung“ aus. Am 22. Oktober schreibt nun das Mittelungsblatt der Gelsenkirchener Union, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ her Union mit dem „Kad“ drohe. Das schreiben jene Leute, welche, wie schon gesagt, dreimal mitgeteilt haben, daß wir verläßt sind.

In Nummer 41 der „Bergarbeiter-Zeitung“ ätzten wir einige Sätze aus der Union, in welchen die Worte „undisziplinierter Horde“ enthalten sind. Diese Worte sind eine Entfindung der Redaktion des unionistischen Blattes. Diefelbe Redaktion bringt es nun fertig, zu schreiben, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ die Bergarbeiter mit „undisziplinierter Horde“ beschimpfte. Kann man sich noch gefährlichere Reduktionen vorstellen? Auf unsere erbrachten Beweise, daß die Geschäftsleitung der Gelsenkirchener Union Mitgliederbeiträge sinnlos verkleinert hat und daß sie trunken dem von ihr selbst angeklügten Verleumdungen aus dem Wege gegangen ist, geht der Artikel gar nicht ein. Man tut so, als wären die Unionsführer die idealsten Leute und nur die Führer des Bergarbeiter-Verbandes seien zu Beschimpfungen fähig. Dies sagen Leute, welche allentwege Schimpfepfeile und die gemeinsten Verleumdungen zuwege gebracht haben, Verleumdungen, die sich bisher ein Mensch ausgedenken könnte. Schon in der nächstfolgenden Nummer der Union ist wieder ein Artikel enthalten, in dem es heißt: „Wer ist schärfer von den beiden? Welche hat Schärfer?“ (Gemeint ist Robert Schmidt und die Bergarbeiterführer.) Weiter wird in dem Artikel an einer anderen Stelle gesagt: „Hier kann man wiederum sehen, wie die Gewerkschafts-Bürokraten die Sätze an und Reiter des Kapitals sind. Wenn nicht bald die Augen über das verächtliche Verhalten dieser Führer aufgehen, dem gehen sie nimmer aus.“

Es ist traurig, daß sich ehrliche Menschen von solchen degenerierten Erdenbewohnern begreifen lassen müssen. Wenn gehen den Unionsmitgliedern endlich die Augen auf, daß sie von Leuten geführt werden, die vollkommen unfähig zur Führung sind, fähig jedoch, die Mitgliederbeiträge zu verkleinern? Wir bieten den Beweis dafür an! Wenn sehen die Unionsmitglieder endlich ein, daß sie von Führern geführt werden, welche vom Zehentkapital besessen sind? Die Mitglieder mögen einmal bei Parteis - das ist der famose Redakteur, der uns „Schurken“, „Schufte“, „Stützen und Reiter des Kapitals“ usw. nennt - anfragen, was jener an ihm gerichtete Brief bedeutet, in welchem geschrieben steht: „Seidem du hier weg bist, sind auch die Sammelstellen verschwunden!“

Unsere Mitglieder tun gut, wenn sie das von uns erbrachte Beweismaterial zusammenstellen und dieses den Mitgliedern der Union so lange um die Ohren schlagen, bis ihnen die Augen aufgehen, und sie endlich mit einem Befehl nach Gelsenkirchen gehen, um dort auszumisten.

**Einstellig gegen die Kommunisten?**

Was wird oft vorgebracht, daß wir einseitig gegen die Kommunisten Stellung nähmen. Wir antworten: Die kommunistischen Zellen, die „Gewerkschaftsabteilungen“, sind eine Unterabteilung der SPD, also einer politischen Partei. Damit greift die Partei in das Gewerkschaftsleben ein. In den Richtlinien über das Verhältnis der Gewerkschaftsfraktion zur kommunistischen Partei heißt es:

„Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteiorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls Funktionen abzurufen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteizucht gebunden wie jedes einzelne Parteimitglied. Um ein gewisses und zuchtloses Wirken unserer Parteimitglieder in den Gewerkschaften zu sichern und um den objektiven Gefahren entgegenzutreten, die sich durch eine allmähliche Herausbildung einer Arbeitsleitung ergeben, sind alle Parteigenossen verpflichtet, in der Partei und in den Gewerkschaften zu arbeiten.“

Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen der Gesamtpartei untergeordnet sind, tritt an Stelle des bisher gebräuchlichen Namens „Reichsgewerkschaftszentrale“ in Zukunft folgende Namensbezeichnung: „Zentrale der SPD, Gewerkschaftsabteilung“. Ebenso erhalten alle örtlichen Verbände der kommunistischen Gesamtfaktion den Namen: „Gewerkschaftsabteilung“.

Solange die kommunistische Partei sich herausnimmt, auf die Gewerkschaften Einfluss auszuüben, muß sie sich unsere Kritik und Abwehr gefallen lassen. Erst wenn diese Partei ihre Finger von den Gewerkschaften läßt, wenn sie ihre Bührarbeit und die Zerstörung der „Einheitsfront“ einstellt, sind wir mit ihr fertig.

**Nachmal Anmerkungen für Nummern.**

Das Landesarbeitsamt für Bessalen und Bippe schreibt uns folgendes:

„Die Zeche Kathias Stinnes, Essen, teilt uns neuerdings mit, daß sich rumänische Ingenieure im Industriegebiet aufhalten, um für neuerrichtende rumänische Braunkohlengruben deutsche gelernte Kohlenhauer anzuwerben.“

Da unsere Nachforschungen zu einem greifbaren Ergebnis nicht geführt haben, haben wir die Herren Regierungspräsidenten von Arn-

berg, Düsseldorf und Münster gebeten, sämtliche Zollbehörden im Industriegebiet aufzufordern, nach rumänischen Ingenieuren und auch sonstigen Personen zu fahnden, die Bergarbeiter für das Ausland anzuwerben versuchen, und im Ermittlungsfalle die Ausweisung gegebenenfalls ins Auge zu fassen.

Da wir uns von einer unmittelbaren Einwirkung auf die deutschen Bergarbeiter durch die Fachpresse sehr viel versprechen, bitten wir ergebenst, in der nächsten Nummer ihrer Zeitung vielleicht nochmals vor einer Abwanderung nach Rumänien, überhaupt nach dem Ausland, zu warnen.“

**Oberbergamtsbezirk Bonn.**

**Berggewerbeberichtsamt im Nachener Stetalspitzenbergbau.**

Nachstehend bringen wir das Gesamtergebnis der Wahl vom 29. Oktober 1921. Die freien und die christlichen Gewerkschaften, deren Stimmenzahl wir in Klammern angeben, haben an Stimmen erhalten im Wahlbezirk: Annaberibe 715 (1000), Mariaberibe 603 (641), Louerkeg-Doocart 569 (264), Eschweiler Reserbe 878 (188), Guleh 588 (888), Adolfschacht 261 (262), Nordstern 215 (172), Karl-Friedrich 221 (83), Karolus Magnus 186 (129), Karl Alexander 97 (203), Sophia Jacoba 410 (153), zusammen 4743 Stimmen für die freien und 3578 Stimmen für die christlichen Gewerkschaften.

Dieses Ergebnis ist außerordentlich erfreulich, beweist es doch, daß die Mehrheit der Bergleute sich um die Föhne der freien Gewerkschaften schart, die sich dieses Vertrauens würdig erweisen hat. Die Unionsmitglieder der verschiedenen Richtungen (Kommunisten, Syndikalisten) haben auf den meisten Werken Wahlenthaltung geübt, was auch dazu geführt hat, daß die Wahlbeteiligung nur etwa zwei Drittel betrug. Auf jeden Fall fällt für gewisse Leute der Anlaß zu Glückwunschtelegrammen, wie man sie anlässlich der Knappschicht-ältestenwahlen sandte, fort.

**Betriebswahl auf Adolfschacht.**

Am 28. und 29. September d. J. fand auf der Zeche Adolfschacht bei Merfeld die Betriebsratswahl statt. Der Arbeiter und Bergarbeiterverband B. bereitete am Tage vor der Wahl Flugblätter, und an den beiden Wahltagen Stimmzettel der Kommunisten. Die Verleumdung kündigte den Arbeiter, mit der Begründung, daß er oben genannte Tätigkeit während seiner Arbeitszeit ohne Erlaubnis seitens der Verwaltung ausgeübt habe. Der Arbeiter behauptet, er habe den Urlaub für die in Frage kommende Zeit bei seinem Vorgesetzten nachgesucht und erhalten. Gegen die Kündigung reichte der Arbeiter beim Arbeiterrat eine Beschwerde ein. Der Arbeiterrat besaß eine Sitzung wurde nicht erzielt. Der Arbeiterrat hätte innerhalb 5 Tagen die Beschwerde an den Schlichtungsausschuss einreichen müssen. Dies tat er nicht. Vielmehr ging die Beschwerde an den Betriebsrat. Dieser besaß sich mit der Beschwerde in einer Sitzung am 14. Oktober. Die Arbeitgeber, die an dieser Sitzung teilnahmen, erhoben keinen Widerspruch gegen die Zuständigkeit des Betriebsrats. Eine Einigung wurde aber nicht erreicht. Am 17. Oktober, also 7 Tage nach der Arbeiterratsitzung, ging die Beschwerdeschrift beim Schlichtungsausschuss in Nachen ein. Der Schlichtungsausschuss besaß sich mit dieser Angelegenheit in einer Sitzung am 28. Oktober. In dieser Sitzung bestritten die Arbeitgeber die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses. Sie begründeten ihren Einspruch mit folgenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes:

§ 24. Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung seitens des Arbeitgebers binnen fünf Tagen nach der Kündigung Einspruch erheben, indem sie den Arbeiter- oder Angestelltenrat anrufen.

§ 26. Bei der Anrufung müssen die Gründe des Einspruchs dargelegt und die Beweise ihrer Berechtigung vorgebracht werden. Erachtet der Arbeiterrat oder Angestelltenrat die Anrufung für begründet, so hat er zu versuchen, durch Verhandlungen eine Verständigung mit dem Arbeitgeber herbeizuführen. Gelingt diese Verständigung binnen einer Woche nicht, so kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat, oder der Betroffene Arbeitnehmer binnen weiteren fünf Tagen den Schlichtungsausschuss anrufen.

Der Schlichtungsausschuss entsprecht dem Antrage der Arbeitgeber und lehnt die Behandlung der Sache ab.

Der Arbeiterrat hatte am 10. Oktober sich mit dem Einspruch des Arbeiters B. besaß. Da keine Einigung erzielt wurde, mußte der Arbeiterrat innerhalb fünf Tagen, also spätestens am 15. Oktober, den Schlichtungsausschuss anrufen. Die Beschwerdeschrift ging aber erst am 17. Oktober beim Schlichtungsausschuss ein. Der Vertreter des Arbeiterrats war der Auffassung, daß die Einspruchsfrist gewahrt sei, da der Betriebsrat sich am 14. Oktober mit der Angelegenheit besaß habe und die Beschwerdeschrift am 17. desselben Monats dem Schlichtungsausschuss vorgelegen habe. Diese Einwendungen ließ der Schlichtungsausschuss nicht gelten. Der Betriebsrat hatte mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Der Arbeiterrat hätte die Verpflichtung gehabt, nachdem seine Versuche zu einer Verständigung am 10. Oktober erfolglos waren, bis zum 15. Oktober den Schlichtungsausschuss anrufen. Dies sei jedoch erst am 17. Oktober geschehen. Die gesetzlich vorgeschriebene Frist ist demnach nicht gewahrt, und so lehnte der Schlichtungsausschuss aus diesem Grunde seine Zuständigkeit ab. In diesem Beispiel ersehen die Arbeiter, insbesondere die Belegschaftsvertreter, wie bringend notwendig es ist, daß ein jeder sich mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen vertraut macht. Bei der Betriebsratswahl der Zeche Adolfschacht haben die Kommunisten die meisten Stimmen auf ihre Liste vereinigt. Die diese „Arbeitervertreter“ die Interessen der Arbeiter vertreten, geht aus obigem Beispiel hervor. Etwas weniger Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Zentralarbeitsgemeinschaften und etwas mehr praktische Arbeit wäre für Adolfschacht am Platze.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 46. Woche (vom 7. bis 12. November 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

**An unsere Betriebsräte und Verbandsmitglieder.**

In letzter Zeit haben Betriebsräte unseres Verbandes an Konferenzen teilgenommen, die von Kommunisten, Unionisten oder Syndikalisten einberufen waren. Aus einem Mandatsreiben der kommunistischen Partei in Hannover geht auch hervor, daß beabsichtigt ist, gelegentlich unseres Betriebsrätekongresses in Magdeburg eine Sonderkonferenz abzuhalten. Wir machen unsere Betriebsräte und Mitglieder auf die Beschlüsse der Generalversammlung in Gießen aufmerksam und weisen darauf hin, daß die Teilnehmer an solchen Konferenzen sich selbst außerhalb des Verbandes stellen.

**Bibliothek.**

Gastrop. Die Bibliothek ist vom 15. November ab wieder geöffnet. Wir bitten um rege Beteiligung.

Kieme. Die Mitglieder werden ersucht, die Bibliotheksbücher einzuliefern, da vom 15. Nov. bis 15. Dez. eine Revision stattfindet.

**Bergarbeiter-Taschenkalender 1922**  
Preis für Mitglieder 7,50 Mk., im Buchhandel 10,00 Mk.

**„Vorwärts“-Almanach 1922**  
Kalender für das arbeitende Volk. - Preis 4,00 Mk.

**Der Frauen Hauschatz**  
Jahrbuch für Arbeiterfrauen und -Arbeiter. - Preis 2,00 Mk.

Zu haben bei  
**H. Hansmann & Co., Bochum i. W.**